Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 239. | Samstag den 12. Oktober 1929. | 87. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Stresemann ist tot. Im Dienste seines Vaterlandes und seines Volkes hat er sich verzehrt. Das kann kaum von einem Staatsmann mehr gesagt werden als von Stresemann. Wie er mit geradezu zäher Leidenschaft seine hohe politische Begabung einsetzte und bis zum letzten seiner Tage für das letzte Ziel seines amtlichen Strebens, die Befreiung des deutschen Bodens von der Fremdherrschaft, gestritten und gelitten hat, wie er Deutschland die Geltung im Rate der Völker wieder gegeben hat, das ist sein unvergängliches Verdienst. Das deutsche Volk trauert um diesen Mann.

Unter dem Zeichen der Trauer um den Reichsaußenminister hat der Reichstag die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz die dritte Lesung endgültig verabschieden können. Die bis zur drohenden Regierungskrise zugespitzten Meinungskämpfe konnten noch in letzter Stunde durch das Einlenken der Deutschen Volkspartei, für das Stresemann noch am Tage vor seinem Hinscheiden in stundenlanger Sitzung seiner Fraktion gestritten hatte, ausgeglichen werden. Die volle Deckung des Bedarfs der Reichsanstalt ist zwar nicht erreicht, aber es sind doch die schlimmsten Lücken in dem bisherigen Gesetz ausgefüllt und damit manche Mißbräuche, die sich eingeschlichen hatten, für die Zukunft ausgeschlossen.

Der Kampf in Deutschland gegen den Young-Plan ist auf den regelrechten Weg über das Volksbegehren zum Volksentscheid gebracht worden. Der Reichsausschuß der rechtsstehenden Verbände hat das Volksbegehren unter dem Kennwort „Freiheitsgesetz" beim Reichsinnenminister eingereicht und der Minister hat es zugelassen und die Eintragungsfrist vom 16. bis 29. Oktober anberaumt. Wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten, berechnet nach der letzten Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, wo die Gesamtzahl der Stimmberechtigten rund 40,8 Millionen betrug, das Volksbegehren durch seine Unterschrift unterstützt, geht der Gesetzentwurf an den Reichstag, dessen ablehnender Beschluß sodann der Volksabstimmung unterbreitet, aber nur abgelehnt werden kann, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Die deutschnationale Fraktion des Reichstags hat ferner den Antrag eingebracht, wonach der Young-Plan erst nach vertraglicher Versicherung der Rückgliederung des Saargebietes und der dauernden Räumung des Rheinlandes sowie der Regelung der Liquidationsfrage und nach der Volksabstimmung beraten werden soll. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei in einem sehr scharfen Aufruf gegen das Volksbegehren Stellung genommen.

Die neue Epoche der internationalen Beziehungen, zu deren Entwicklung Stresemann nicht zum geringsten beigetragen hat, ist um die Einigung zwischen Großbritannien und der Sowjetunion bereichert worden. Im Mai 1927 waren die diplomatischen Beziehungen zwischen London und Moskau wegen bolschewistischer Propaganda abgebrochen worden. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist jetzt durch die zwischen Henderson und Dowgalewski getroffenen Vereinbarungen vorbereitet worden. In deutschen politischen Kreisen wird die Besserung der Beziehungen zwischen England und Rußland im Interesse der europäischen Befriedung und zugleich als ein Beweis gegen die antirussische Einheitsfront, in die nach kommunistischen Behauptungen auch die deutsche Politik verstrickt sein soll, begrüßt.

Der englische Ministerpräsident Macdonald weilt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten, wo er in persönlichen Verhandlungen mit Präsident Hoover dessen Einverständnis zur Einberufung einer neuen Seeabrüstungskonferenz erreichen wollte. Seine Mission war auch wirklich von Erfolg begleitet, was daraus hervorgeht, daß England nun zu Beginn der Woche die Einladung an die Vereinigten Staaten, an Frankreich, Japan und Italien gesandt hat, Vertreter für eine Flottenkonferenz nach London zu entsenden. Als wahrscheinlicher Zeitpunkt des Konferenzbeginnes wird die dritte Woche des Januar angesehen.

Deutschland.

Berlin, 10. Okt. Wie erinnerlich, sollte „Graf Zeppelin" am 5. Oktober nach Berlin kommen, doch mußte die Fahrt infolge des Todes Dr. Stresemanns aufgegeben werden. Wie eine Korrespondenz erfährt, ist nun der Empfang der Zeppelin-Besatzung in der Reichshauptstadt gänzlich aufgegeben worden. Die Gründe hierfür seien darin zu suchen, daß die Stadt Berlin im Augenblick infolge des Sklarek-Skandals und seiner Folgen an die ursprünglich vorgesehene Ehrung der Zeppeliner nicht denken und die Reichsregierung ohne die Stadt Berlin den Empfang nicht gut durchführen könne. Infolgedessen werde „Graf Zeppelin" in diesem Jahr überhaupt nicht mehr nach Berlin kommen.

Aufmarsch zu den Gemeindewahlen in Bayern.

München, 10. Okt. In Bayern werden die Gemeindewahlen am 8. Dezember stattfinden. Für München hat der Wahlkampf bereits begonnen. Man war gesonnen, alle nichtsozialistischen Parteien in einer bürgerlichen Wahlgemeinschaft zusammenzufassen, was aber zunächst nicht gelungen ist. Die Sozialdemokraten haben bereits ihre Wahlliste vor Wochen aufgestellt mit dem Spitzenkandidaten Vizepräsident des bayerischen Landtages und Landtagsabgeordneten Erhard Auer. Nun hat auch die Bayerische Volkspartei sich in zweitägigen eingehenden Beratungen mit den Gemeindewahlen beschäftigt, und zwar in erster Linie mit der Aufstellung der Wahlliste. An der Spitze steht der bisherige Oberbürgermeister Paul Scharnagl. Unter den neuen Wahlkandidaten der Bayerischen Volkspartei findet sich auch der Parteivorsitzende, Oberregierungsrat Schiffer. Völlig ungeklärt ist noch die Bildung einer bürgerlichen Wahlgemeinschaft. Im Stadtrat haben die einzelnen Fraktionen schon unter sich verhandelt. Demokraten, Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei wollen eine Wahlgemeinschaft bilden. Es bleiben dann noch Bayerische Volkspartei, Deutschnationale und Hausbesitzerpartei, die zurzeit miteinander verhandeln. Die Nationalsozialisten, die 1924 allein in den Wahlkampf gingen, haben sich zu der Wahlgemeinschaft der bürgerlichen Parteien noch nicht geäußert.

Schießwütige Besatzungssoldaten.

Koblenz, 11. Okt. Am Donnerstag abend gegen 11 Uhr feuerte ein französischer Soldat in einer belebten Straße mehrere Schüsse ab, von denen einer in eine Wohnung drang. Zum Glück wurde jedoch niemand verletzt. Auch aus dem Vorort Moselweiß kommt die Nachricht, daß in den letzten Tagen scharfe Schüsse auf ein Benzintankauto abgefeuert worden sind. Allem Anschein nach handelt es sich auch hier um einen Angehörigen der Besatzungstruppen, die in unmittelbarer Nähe des Tatortes in Kasernen untergebracht sind. Ermittlungen sind bereits von der deutschen und französischen Polizei eingeleitet worden. Ein Ergebnis liegt allerdings noch nicht vor.

Die Auflösung des Stahlhelm in Rheinland und Westfalen.

Berlin, 10. Okt. Zu der Feststellung des Stahlhelm, daß der erste Bundesführer Seldte an dem Geländespiel, dessentwegen das Verbot erfolgte, nicht teilgenommen hat, hören wir von unterrichteter Seite, für das Verbot sei die Anwesenheit oder Nichtanwesenheit des ersten Stahlhelmführers ohne Einfluß gewesen. Der erste Bundesführer ist in der Begründung zu dem Verbot erwähnt worden, weil auf Grund wiederholter Vorankündigungen des Geländespiels in Stahlhelmorganen die Anwesenheit Seldtes angekündigt war und weil das Geländespiel mehrmals verschoben wurde, um dem Bundesführer die Anwesenheit zu ermöglichen. Maßgebend für das Verbot war einzig und allein die Tatsache, daß die von dem Stahlhelm als Geländespiel bezeichnete Veranstaltung eine rein militärisch aufgezogene Uebung war, an der sich nach ungefähren Schätzungen 5000 bis 8000 Stahlhelmmitglieder beteiligten. Die preußische Regierung war auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, die Stahlhelmgaue Rheinland und Westfalen wegen dieses manöverartigen Geländespiels aufzulösen. Die preußische Regierung hat die zuständigen Reichsbehörden über die geplante Auflösung der beiden Stahlhelmgaue vorher unterrichtet. Wenn bei den polizeilichen Maßnahmen gegen die örtlichen Stahlhelmstellen auch Material der Ortsausschüsse für das Volksbegehren beschlagnahmt worden ist, so ist darin nicht eine Maßnahme gegen das Volksbegehren zu erblicken. Diese Maßnahmen waren dort nicht zu vermeiden, wo zwischen den Volksbegehren-Ausschüssen und Stahlhelmstellen Büro- und Personalgemeinschaft bestand. Es war für die ausführenden Beamten unmöglich, an Ort und Stelle das Material so zu sichten, daß die Akten für das Volksbegehren von der Beschlagnahme ausgeschlossen werden konnten.

Nichtbeteiligung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände am Volksbegehren.

Berlin, 10. Okt. Wie dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, soll das von ihm herausgegebene Flugblatt „Zehn Jahre Versailles — Zehn Jahre Kriegsschuldlüge" von nicht festzustellender Seite gemeinsam mit Flugblättern des Reichsausschusses für das Deutsche Volksbegehren verbreitet werden. Es ist dadurch der Eindruck entstanden, als ob der Arbeitsausschuß deutscher Verbände in irgendeiner Form an dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren oder seinen Bestrebungen beteiligt sei. Demgegenüber wird durch den Arbeitsausschuß deutscher Verbände festgestellt, daß das nicht der Fall ist. Das erwähnte Flugblatt ist Anfang April d. J. erschienen und in großen Mengen verbreitet worden, um anläßlich des 28. Juni, des zehnten Todestages der Unterzeichnung des Versailler Diktats, erneut an die Notwendigkeit der weiteren Bekämpfung der Kriegsschuldlüge durch das ganze deutsche Volk zu mahnen. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände legt Wert auf die Feststellung, daß er die von ihm betriebene Aufklärungsarbeit von allen innenpolitischen Zielsetzungen freigehalten wissen will und daß er demgemäß auch im gegenwärtigen Augenblick an seinem alten Grundsatz strengster Ueberparteilichkeit festhalten wird.

Gegenüberstellung Max Sklarek — Lehmann.

Wie eine Berliner Korresp. meldet, ist der Pelzkauf des Oberbürgermeisters gestern Gegenstand der Untersuchung durch den Vernehmungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Lubliner, gewesen. Max Sklarek, der in Gegenwart des Buchhalters Lehmann hierüber vernommen wurde, wollte sich zunächst an den Vorgang nicht recht erinnern, und erst auf Vorhaltungen des Vernehmungsrichters entsann er sich der Einzelheiten. Sklarek erklärte, bei dem Riesenausmaß seiner Geschäfte könne er sich an die genaue Preisstellung nicht erinnern. Wenn jedoch der Mantel für Frau Böß ihn selber 4000 Mark gekostet hätte, dann habe er sicherlich auch den Auftrag gegeben, dem Oberbürgermeister die Rechnung in der vollen Höhe von 4000 Mark zuzustellen. Sollte die Rechnung aber nur auf 400 Mark gelautet haben, so könne es sich lediglich um einen Schreibfehler handeln. An die Abmachung, daß der Oberbürgermeister für wohltätige Zwecke 1000 Mark stiften wolle, weil ihm der Preis für den Pelzmantel zu gering erschienen sei, konnte sich Sklarek nach seiner Behauptung gestern nicht erinnern. Der Buchhalter Lehmann widersprach den Angaben Sklareks auf das energischste und es kam zu dramatischen Szenen, da Lehmann Sklarek mehrmals der Lüge bezichtete. Erst nach einiger Zeit konnte Dr. Lubliner die beiden Angeklagten beruhigen und in der sachlichen Vernehmung fortfahren. Max Sklarek wiederholte seine Darstellung, daß er die Stadtbank keineswegs getäuscht habe. Er behauptete, daß ihm die Kredite auf Grund des Monopolvertrages von der Stadtbank zugesagt und daß die Rechnungen usw. lediglich Formalitäten gewesen seien. Wie weiter gemeldet wird, hat Rechtsanwalt Dr. Pulver für Lehmann Haftprüfungstermin beantragt, während die Rechtsanwälte Dr. Alsberg, Dr. Golnick und Dr. Julius Meyer jetzt, nachdem die Vernehmungen der Sklareks zur Frage des Betrugs und der Urkundenfälschung abgeschlossen worden sind, auch für die drei Brüder Sklarek einen Haftprüfungstermin beantragen werden. Die Staatsanwaltschaft wird schon in den nächsten Tagen aller Wahrscheinlichkeit nach den Kreis der Angeschuldigten weiter ausdehnen. Die Staatsanwaltschaft hofft, daß sie diese Untersuchung in sieben bis acht Tagen abgeschlossen haben wird und will dann dem Magistrat mitteilen, daß seinen Untersuchungen dann nichts mehr im Wege stehe. Allerdings ist es fraglich, ob der Magistrat von sich aus die Disziplinaruntersuchungen wieder aufnehmen wird, da sie inzwischen der Disziplinarvernehmungsrichter des Oberpräsidenten, Oberregierungsrat Tapolski, aufgenommen haben dürfte.

Böß kehrt nicht zurück.

Aus Santa Barbara in Kalifornien wird gemeldet: Oberbürgermeister Böß hat einem Vertreter der Associated Preß im Anschluß an die bereits gemeldete Tatsache erklärt, daß er nicht beabsichtigt, vorzeitig nach Deutschland zurückzukehren. Was immer sich in Berlin gegen ihn herausstelle, er selbst sei in keinen Skandal verwickelt und beabsichtigt daher, an seinem ursprünglichen Reiseplan festzuhalten. Eine offizielle Benachrichtigung über den Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung, daß er zurückkehren solle, habe er nicht erhalten.

Ausland.

Frankreich und die Seekonferenz.

Paris, 11. Okt. Der englisch-amerikanische Konferenzvorschlag hat in politischen Kreisen eine lebhafte Auseinandersetzung über die Seeabrüstungsfrage hervorgerufen. Während der Marineminister Leygues mit der Ausarbeitung eines Exposés beauftragt worden ist, in dem der französische Standpunkt auseinandergesetzt werden soll, nahmen Parlamentarier zu dem englisch-amerikanischen Antrag öffentlich Stellung. Der Deputierte und Berichterstatter über das Marine-Budget, Dumesnil, gibt folgende Erklärungen ab: „Wir werden immer bereit sein, alle auf die Vorbereitung oder Verwirklichung der Rüstungseinschränkungen abzielenden Anstrengungen zu unterstützen, unter der einzigen Bedingung, daß die Abrüstung der See-, Luft- und Landstreitkräfte als ein einheitliches Ganzes behandelt wird. Wir wünschen lediglich, daß man den Verpflichtungen, denen jedes Land und besonders das unsrige, unter den heutigen Verhältnissen nachzukommen hat, Rechnung trägt. Zu den hier in den Einladungen aufgestellten Grundsätzen habe ich folgendes zu sagen: 1. Wir sind alle darüber einig, daß der Kelloggpakt künftig die Grundlage für die Beziehungen aller zivilisierten Nationen sein muß. 2. Wir haben das Abkommen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten über eine Flottengleichheit nicht zu diskutieren. Es scheint sich übrigens im vorliegenden Falle weniger um eine Herabsetzung der Seestreitkräfte als um eine Aufrechterhaltung des status quo zu handeln. 3. Wir haben kein einziges Linienschiff gebaut, um unsere veralteten oder verstümmelnden Einheiten (30 Kreuzer mit einer Gesamttonnage von 105 000 Tonnen) zu ersetzen, obschon wir nach dem Washingtoner Abkommen dazu berechtigt waren. 4. In keinem Augenblick und unter keinen Umständen könnten wir jedoch die Abschaffung der Unterseeboote zugeben. Wir dürfen uns nicht einmal die Freiheit nehmen lassen, so viele Unterseeboote zu bauen, als wir zur Verteidigung unserer Küste und unserer überseeischen Besitzungen für notwendig erachten. Das Unterseeboot ist für uns die einzige Waffe, mit der wir die Vorherrschaft einer der großen Flottenmächte auf dem Meere verhindern können." Dumesnil wies auch darauf hin, Frankreich habe bisher bei den Seeabrüstungskonferenzen in reichlichem Maße seinen Friedenswillen bekundet, dadurch, daß es sich mit einer viel geringeren Tonnage für die großen Schlachtschiffe begnügt habe, als sie England und Amerika besitzen. Er bezeichnete es jedoch als ein „Verbrechen gegen die Sicherheit Frankreichs", wenn es heute auf das Minimum seiner kleinen Einheiten und die Unterseeboote verzichten wollte, die für die Sicherheit seiner Freiheit und seiner Verbindungen mit den Kolonien notwendig seien."

Ueber das Ergebnis der zwischen Hoover und Macdonald gepflogenen Besprechungen, soweit es in schriftlicher Form zusammengefaßt wird, äußert die Pariser Presse keine besondere Ueberraschung: „Alles ist beim alten geblieben." Damit wird der vorliegende Text abgetan. Nervosität herrschte vor, als die Zeitungen die Veröffentlichung eines „englisch-amerikanischen Generalabkommens" ankündigten. Gerade in dieser Nervosität läßt sich aber erkennen, daß man den Verhandlungen Macdonalds mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten keineswegs Erfolg wünschte. Man ist bemüht, die notorische Tragweite der englisch-amerikanischen Verständigung abzuschwächen und das Publikum davon zu überzeugen, daß eine wahre Verständigung zwischen England und Amerika einfach unmöglich sei.

Weitgehende Verständigung zwischen England und Amerika.

Newyork, 10. Okt. Präsident Hoover und Ministerpräsident Macdonald gaben gemeinsam eine Erklärung heraus, in der es heißt, der Besuch des englischen Ministerpräsidenten bei Präsident Hoover, der nunmehr beendet ist, hatte den Hauptzweck, die persönliche Fühlung herzustellen, die fruchtbringend

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zur Förderung freundschaftlicher und offener Beziehungen zwischen beiden Ländern sein wird. Die Rolle, die jede unserer beiden Regierungen bei der Förderung des Weltfriedens spielt, wird verschieden sein, da die eine niemals wünscht, in Europas Diplomatie verwickelt zu werden, während es die Aufgabe der anderen ist, die Politik aktiver Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn zu verfolgen. Jede unserer Regierungen wird aber ihre Gedanken und ihren Einfluß auf die Sicherung und die Aufrechterhaltung des Weltfriedens richten. Beide Regierungen erklären nicht nur, daß Krieg zwischen ihnen undenkbar ist, sondern daß Mißtrauen und Argwohn, die aus Zweifeln und Furcht entstehen und vielleicht vor Abschluß des Friedenspaktes gerechtfertigt waren, nunmehr aufhören müssen, die nationale Politik zu beeinflussen. Wir treten an alte historische Probleme von neuen Gesichtspunkten aus und in neuem Geiste heran. In der Annahme, daß Krieg zwischen uns unmöglich und daß Konflikte zwischen unseren militärischen und Marinekräften nicht Platz greifen können, haben diese Fragen ihren Sinn verändert und ihre Lösung in beiden Ländern ist befriedigenderweise möglich geworden. Wir haben vereinbart, daß diese Fragen Gegenstand eingehender Erwägungen zwischen uns werden. Eines der hoffnungsvollen Ergebnisse des nunmehr beendeten Besuchs ist es, daß unsere zwei Regierungen Beratungen darüber nach der gleichen Art und Weise beginnen werden, die während des Sommers in London angewandt wurden. Das Flottenabkommen kann nicht ohne Mitarbeit der anderen Flottenmächte vollendet werden. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die Januar-Konferenz jedes ernste Hindernis für die Weltabrüstung beseitigt. Wir hoffen für alle Zeiten alles Wettrüsten zwischen uns selbst, das Kriegsgefahr und Verschwendung öffentlichen Geldes in sich birgt, dadurch zu beenden, daß wir Flottengleichheit in jeder Schiffsart vereinbarten.

Was London dazu sagt!

London, 10. Okt. Die Hoover-Macdonald-Erklärung ist zwar noch nicht der Abschluß, aber doch die Ankündigung des Atlantik-Locarno. Wenn die angekündigten neuen Verhandlungen, die sofort aufgenommen werden sollen, erfolgreich sind, so soll die feierliche Besiegelung im nächsten Jahre in London stattfinden gelegentlich des von Hoover geplanten Gegenbesuches bei Macdonald. Macdonald hat der englischen Presse gestern abend noch weitere Mitteilungen gemacht. Er hätte mehr erreicht, als er erhofft hätte und nehme jetzt eine ganze Liste von Fragen mit nach London zurück. Alle diese Fragen würden von den in Frage kommenden Ministerien eingehend geprüft werden. Die Regierung des Mutterlandes würde sich mit den Regierungen der Dominions in Verbindung setzen, um sich mit ihnen über die Behandlung dieser Fragen zu einigen. An der Spitze der Liste steht die Frage der Freiheit der Meere und der Rechte der Neutralen in Kriegszeiten. Andere Fragen sind die Entfestigung der englischen Marinestützpunkte Bermuda, Kingstown, Jamaika und Trinidad, ferner so vulgäre Dinge wie der Whiskyschmuggel an der amerikanischen Küste. Diese neuen Verhandlungen müssen natürlich auf größere Schwierigkeiten stoßen als die bisher geführten, rein technischen Marineabrüstungsverhandlungen. Es handelt sich um das ganze Gebiet der englischen Seerechtsauffassung. Der Gegensatz zwischen Amerika und England in dieser Frage ist in der Hoover-Macdonald-Erklärung dadurch zum Ausdruck gekommen, daß Amerika sein Fernbleiben von der europäischen Diplomatie ausdrücklich betonte, während England Wert auf eine Zusammenarbeit mit seinen europäischen Nachbarn legt. Hiermit sind die englischen Völkerbundsverpflichtungen und das amerikanische Fernbleiben von Genf gemeint. Wie der Ausgleich über die Frage der Rechte der Neutralen im Seekrieg erfolgen wird, ist vorläufig schwer abzusehen. Man kann sich doch nicht vorstellen, daß England etwa plötzlich auf seine ganzen bisherigen Blockadebegriffe verzichten würde. Die durch den Kelloggpakt geschaffene neue Lage hatte schon Anfang dieses Jahres auf englischer Seite den Gedanken auftauchen lassen, daß man im Seekriegsrecht in Zukunft keinerlei Rücksicht mehr auf die sogenannten „Privatkriege" zu nehmen brauche, sondern daß nur der internationale Krieg oder die Völkerbundsaktion gegen einen Angreifer zu Grunde gelegt werden müßten. Diesen Weg scheint die Hoover-Macdonald-erklärung endgültig versperrt zu haben, da Amerika sich ausdrücklich weigert, mit diesen Dingen irgend etwas zu tun zu haben. Was diese neue Entwicklung — zweifellos ein großer Erfolg des Senators Borah — für England bedeutet, ist noch kaum abzusehen. Man ist hier seit dem Amtsantritt der Labourregierung an Ueberraschungen gewöhnt und mußte immer wieder mit Ueberraschung feststellen, in wie weitgehendem Maße die bürgerlich-konservative Presse der Labourregierung Gefolgschaft leistet. Es ist aber doch eine ungewöhnliche Ueberraschung, heute zu lesen, daß ein Organ wie die „Times" offenbar keinerlei Bedenken gegen eine Revision des Seerechts in dieser Richtung hat. Das Blatt schreibt, seit der Kelloggpakt einen allgemeinen Verzicht auf den Krieg registriert hätte, sei es nicht einmal mehr logisch, sich über die Rechte von Neutralen oder Kriegführenden zu streiten. In dieser Richtung, in der Sphäre des Seekriegsrechtes, hätte der Kelloggpakt wie eine Revolution gewirkt.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Ja sagen.

Ja sagen zu Gott, wenn er uns grüßt in der Anmut der Wiesenblumen und im goldenen Sonnenschein. Ja sagen zu Gott, wenn er dunkelste Nacht über uns schickt.

V. Le Seur.

Steht dir ein Leid bevor, oder hat es dich bereits ergriffen, so bedenke, daß du es nicht vernichtest, indem du dich von ihm abwendest. Sieh ihm fest ins Auge. Feuchtersleben.

Nicht beiseite sehen,
nicht drum 'rum gehen und ausweichen,
nicht darüber hinwegträumen,
standhalten.
Auge in Auge seine Kraft erproben
und Herr darüber werden. Flaischlen.

Neuenbürg, 11. Okt. Am 8. Oktober fand hier unter dem Vorsitz von Dekan Dr. Megerlin eine kirchenmusikalische Tagung statt. In zweistündigem, klarem und sehr praktischem Vortrag über das Thema: „Singen und Orgelspiel im Gottesdienst" zeigte Organist H. Mall von Calw, wie die neue „Singbewegung" auch im Gottesdienst sich auswirken und diesen vertiefen und beleben muß. Im Anschluß wurde von den etwa 40 Teilnehmern (Pfarrern, Organisten, Kirchenchor-Leiter und -Mitglieder und sonstige Freunde der kirchlichen Musik) ein gemischter Chor gebildet, mit dem dieses innerlich-lebendige, aus dem richtigen Textverständnis kommende Singen an drei alten Chorälen geübt wurde. Den erhebenden Abschluß bildete eine musikalische Abendfeier in der ev. Stadtkirche, in welcher außer diesen Chorgesängen schöne Orgelstücke und Lieder von Joh. Seb. Bach geboten wurden. Die erste erfreuliche Frucht dieser Tagung ist der Plan, in Neuenbürg eine Abendsingwoche zu veranstalten.

Herrenalb, 11. Okt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, welcher zurzeit bei den Verhandlungen zur Errichtung der „Weltbank" in Baden-Baden weilt, besuchte unseren Kurort und stieg in Mönchs Posthotel ab.

(Wetterbericht.) Unter dem Einfluß der vom Ozean nach Mitteleuropa vordringenden Kaltluftmassen ist für Sonntag und Montag langsame Aufklärung, wenn auch noch kühles Wetter zu erwarten.

Neueste Nachrichten.

Heilbronn, 11. Okt. Der Hauptausschuß des Landesturnfestes teilte, wie schon kurz berichtet, dem Gemeinderat mit, daß der Abmangel 28 821 M. beträgt. Hiervon hat die Stadt bereits 10 000 M. übernommen als den von ihr gezeichneten Garantiefonds, die zwei Vereine, die das Fest trugen, baten um weiteres Entgegenkommen durch Nachlaß des Pachtgeldes, das für den Ausfall des Ertrags der Wiesen, für deren Pacht und Herstellung in Höhe von 5552 RM, sowie eines Teils von 4000 RM. an der Vergnügungssteuer, die der Unternehmer Heerhaus zu tragen hatte. Der Gemeinderat beschloß, von dem Pachtgeld 4000 RM. nachzulassen, im übrigen aber den Wunsch auszusprechen, daß die Garantiezeichner unter 100 RM. nicht herangezogen werden möchten.

Stuttgart, 11. Okt. Wie wir erfahren, wird das Plenum des württ. Landtags nach der langen Sommer- und Herbstpause voraussichtlich am Dienstag, 22. Oktober, wieder zusammentreten und etwa zwei bis drei Wochen zusammen bleiben. Beratungsgegenstände sind zuerst das Fideikommißgesetz und das Anerbengesetz und dann dritte Lesung der Gemeindeordnung. Mit der Beratung des Landesschulgesetzes, das bis jetzt erst im Ministerialentwurf vorliegt, dürfte der Landtag kaum vor Januar nächsten Jahres beginnen können.

Friedrichshafen, 11. Okt. Der Aufstieg des „Graf Zeppelin" zur Fahrt nach Holland wird heute nacht nicht stattfinden, da sich die Wetterlage nicht soweit gebessert hat, wie angenommen werden konnte. Nach Ansicht der Schiffsführung werden sich die Witterungsverhältnisse bis zur Nacht von Samstag auf Sonntag wieder günstiger gestalten. Es wird bestimmt damit gerechnet, daß die Hollandfahrt in der Nacht zum Sonntag ihren Anfang nehmen kann.

München, 11. Okt. In Neumarkt an der Rott ist heute nacht in der Klosterkirche St. Veit der gläserne Sarg des Heiligen Lucius erbrochen und ausgeraubt worden. Die Kirchenräuber haben die Verbindungsteile zwischen den Gebeinen der Reliquie entfernt und eine Krone, das Brustkreuz mit den Edelsteinen, sowie kostbare Spitzen, die aus dem 16. Jahrhundert stammen, mitgenommen.

Traunstein, 11. Okt. Der Hilfsarbeiter Joseph Bachmann, der seine Geliebte erdrosselt und die Leiche in einem Kehrichthaufen verscharrt hatte, wurde vom Schwurgericht Traunstein zum Tode und wegen zweier Verbrechen der Anstiftung zum Meineide und der Meineidsverleitung zu 5 Jahren Zuchthaus unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der Mitangeklagte Kienzel wurde wegen Meineids und Beihilfe zur Meineidsverleitung zu 2 Jahren 10 Monaten Zuchthaus verurteilt unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre.

Mannheim, 11. Okt. Heute gegen 21½ Uhr wurde auf das Schauburgkino ein Raubüberfall verübt. Ein mit zwei Männern und zwei Frauen besetztes Auto fuhr vor dem Kinogebäude vor. Die männlichen Insassen stiegen aus, betraten den Kinoraum und rissen aus dem Kassenschalter die Kinokasse heraus. Auf zwei Männer, die sich den flüchtenden Räubern in den Weg stellten, gaben diese Schüsse ab und jagten mit dem Auto davon. Die beiden Männer haben Schüsse in den Unterarm davongetragen.

Kehl, 11. Okt. Heute früh haben, wie angekündigt, weitere Truppenteile des französischen Infanterieregiments 170, bestehend aus acht Offizieren, 200 Mann, 26 Pferden, Bagage und Feldküche, die die Besatzung des Forts Kirchbach bei Sundheim bildeten, den Kehler Brückenkopf verlassen. Der Militärtransport wurde von elsaß-lothringischen Bahnbeamten nach Remiremont abgefertigt. Damit dürfte die Besatzungsverminderung ihr vorläufiges Ende erreicht haben, da die zurückgebliebenen zwei Bataillone des Infanterieregiments 170 den Kehler Brückenkopf noch bis zum 30. Juni besetzt halten sollen.

Oberstein a. N., 11. Okt. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, verläßt der weitaus größte Teil der in Oberstein liegenden Besatzungstruppen mit dem Truppenkommandeur die Städte Oberstein und Idar und übersiedelt nach den neuen Garnisonsorten in der Bretagne. Nur ein kleines Kommando bleibt zurück. Die Freigabe von Gebäuden und Wohnungen ist mit dem Abzug der Besatzung einstweilen nicht verbunden. Die beiden Städte bleiben nach wie vor Garnisonsorte und unterliegen damit weiter den Ordonnanzen der Rheinlandkommission. Eine Freigabe von Wohnungen und Gebäuden wird erst dann erfolgen, wenn die Gewißheit besteht, daß der Youngplan von Deutschland ratifiziert wird.

Düren, 11. Okt. Das französische Militärgericht verurteilte in seiner heutigen Sitzung den Bürovorsteher Johann Koch vom hiesigen deutschen Besatzungsamt und den Maurer Noaf wegen Uebertretung des Artikels 25 der Verordnung 308 der Rheinlandkommission zu einer Geldstrafe von 125 RM. bezw. 10 RM. Die beiden hatten als Vorsitzende von Schützenvereinen bei einem Umzuge ihrer Vereine gelegentlich des hiesigen Schützenfestes Trommler- und Pfeiferkorps im Zuge mitmarschieren lassen. Der Staatsanwalt hatte 200 Mk. bezw. 40 Mk. Geldstrafe beantragt.

Dessau, 11. Okt. Der Stahlhelm Dessau faßte den Beschluß, sich selbst aufzulösen. An seiner Stelle soll eine Vereinigung ehemaliger Stahlhelmer und Frontsoldaten gegründet werden. Es heißt, die neue Gruppe will frei von aller Politik die wirkliche Kameradschaft pflegen.

Leipzig, 11. Okt. Am 18. Juni dieses Jahres wurde vom Schwurgericht Bonn aufgrund erdrückender Indizien der 30jährige praktische Arzt Dr. Richter aus Bingen wegen des Mordes an seiner Geliebten, der geschiedenen Juwelenhändlersgattin Mertens, zum Tode verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten hin hat jetzt das Reichsgericht die Revision als unbegründet verworfen, sodaß nunmehr das Todesurteil rechtskräftig ist.

Schwerte, 11. Okt. In der vergangenen Nacht wurde in Holzen auf einem Wege in der Nähe des Wannebaches der 27 Jahre alte Arbeiter Heimann aus Buchholz tot aufgefunden. Der Tote war völlig ausgeraubt, er wies am Kopf mehrere Messerstiche auf.

Berlin, 11. Okt. Wie erst jetzt bekannt wird, machte am 6. Okt. der Stadtinspektor Wilhelm Will einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsadern öffnete und den Gashahn aufdrehte. Er wurde im letzten Augenblick gerettet und dem Krankenhaus zugeführt. Will war wegen Verfehlungen im Amt vom Dienst suspendiert worden.

Berlin, 11. Okt. Heute nachmittag gegen ¼4 Uhr erhob sich über Staaken eine Windhose, die in dem Orte und seiner Umgebung große Verheerungen anrichtete. Sämtliche Dächer der Grundstücke Kurzer Weg 26—28 und Lehrterstraße 1—37 sind zerstört worden. In der Schulz'schen Siedlung und in Neustaaken sind fast sämtliche Lauben umgeworfen und stark beschädigt worden. Auch in Neustaaken wurden die Dächer mehrerer Häuser abgedeckt. Ob auch Personen zu Schaden gekommen sind, ist bisher nicht festgestellt worden.

Berlin, 11. Okt. Die Reichsregierung wird, wie die „Vossische Zeitung" meldet, in nächster Zeit eine Kundgebung veröffentlichen, in der gegen das Volksbegehren eindeutig Stellung genommen wird.

Hamburg, 11. Okt. Gegen das Urteil der Strafkammer des Hamburger Landgerichts, die im Prozeß zweier Aerzte entschieden hat, daß das forlaufende ärztliche Inserat nach den Grundsätzen der Allgemeinheit nicht unlauter sei, hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Diese Revision hat die Staatsanwaltschaft jetzt zurückgezogen. Damit erlangt das Urteil Rechtskraft.

Kiel, 11. Okt. Vor dem zweiten Zivilsenat des hiesigen Oberlandesgerichts begann heute mittag ein Prozeß, den die schleswig-holsteinische Höfebank gegen einige Schwartenbeker Bauern wegen Verweigerung der Zahlung des Pachtzinses angestrengt hatte. Vor der Sitzung erschien plötzlich ein Trupp Kommunisten vor dem Oberlandesgericht, stürmte die Treppen zum Gebäude und drang mit einer roten Fahne in den Sitzungssaal ein, wo sie eine Verhandlung störten. Die Sitzung wurde unterbrochen und das Ueberfallkommando alarmiert. Diesem gelang es in kurzer Zeit, den Saal und das Gebäude zu räumen.

Königsberg, 11. Okt. In der vergangenen Nacht ist das Dorf Makranten im Kreise Osterode von einer schweren Feuersbrunst heimgesucht worden. Es brannten das Gasthaus, vier Wohnhäuser, zwei Scheunen und drei Stallgebäude nieder. Der Schaden ist in den meisten Fällen nicht durch Versicherung gedeckt. Die meisten Abbrannten konnten nur das nackte Leben retten. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Kowno, 11. Okt. Infolge eines Erbschaftsstreites erschoß der 24 Jahre alte Besitzer Kucinna aus Kutturren, Amtsbezirk Jurbarkas, seine 55 Jahre alte Mutter und seine beiden Brüder. Dann tötete Kucinna sich selbst durch einen Kopfschuß.

Paris, 11. Okt. Die Beratungen des französischen interministeriellen Saarausschusses sind noch nicht zu Ende, so daß der Beginn der Saarverhandlungen verschoben werden muß. Wie zuverlässig verlautet, versucht Frankreich, sich Saarkohlenlieferungen zu sichern.

Paris, 11. Okt. Wie verlautet, hat das Kriegsministerium in Absicht, 27 v. H. der französischen Grenzbefestigungsarbeiten als Sonderlieferungen an deutsche Firmen zu vergeben. Der „Ami du Peuple" wendet sich gegen dieses Vorhaben, da viele von den Befestigungsarbeiten die größte Geheimhaltung erfordern.

Moskau, 11. Okt. Der Rat der Volkskommissare hat den von Dowgalewski und Henderson unterzeichneten Protokoll über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zugestimmt.

Stockholm, 11. Okt. Der Stockholmer Dampfer „Warga" rammte gestern den deutschen Dampfer „Planet", der in den Schären herrenlos umhertrieb. Der Dampfer „Planet" war auf Grund geraten und hatte dabei einen Steuerbruch erlitten. Das Schiff wurde nach Landskarwhamn eingeschleppt.

Vera Cruz, 11. Okt. Bei Delocrode (?) ist gestern ein Boot, auf dem sich 30 Personen einschiffen wollten, bei hohem Wellengang umgeschlagen. Die Insassen sind ertrunken.

Tokio, 11. Okt. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird der frühere Ministerpräsident Reijiro Wagatsuki das Angebot ablehnen, die japanische Abordnung bei der nächsten Seerüstungskonferenz in London zu führen.

Luftschiffbesatzung gegen Arktis-Fahrt.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Friedrichshafen: Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, hat die Leitung des Luftschiffbaues Zeppelin an die Besatzung des „Graf Zeppelin" die Anfrage ergehen lassen, wie sie sich zu der Nordpolfahrt 1930 stelle und ob sie gewillt ist, an der Fahrt teilzunehmen. Nach längeren Beratungen hat die Besatzung schriftlich der Schiffsleitung gegenüber erklärt, daß die gesamte Besatzung aus finanziellen und technischen Gründen nicht an der Fahrt teilnehme. Die Stimmung unter der Besatzung gegenüber dieser Fahrt ist sehr pessimistisch, besonders unter den älteren und langjährigen Besatzungsmitgliedern.

Keine Polarfahrt des „Graf Zeppelin"?

Stuttgart, 11. Okt. Zu der vorstehend gebrachten Meldung betreffend Polarfahrt des „Graf Zeppelin" teilt auf Anfrage Kapitän Lehmann noch ergänzend mit, daß tatsächlich immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" die Polarfahrt im Frühjahr 1930 nicht antreten wird, da der größte Teil der aus 40 Mann bestehenden Besatzung die größten Bedenken gegen eine Polarfahrt geäußert hat. Es wurde von der Mehrzahl der Besatzung in Befürchtung ausgesprochen, daß bei unglücklichen Zufällen während der Polarfahrt eventuell das Luftschiff verloren gehen könnte und die Besatzung dadurch ihre Tätigkeit und ihren Beruf verlieren würde. Es wurde von der Mehrzahl der Besatzung gegenüber Herrn Lehmann der Meinung Ausdruck gegeben, daß, solange nur ein Zeppelinluftschiff in Friedrichshafen zur Verfügung stände, der „Graf Zeppelin" nur zu den Aufgaben herangezogen werden sollte, für die er ursprünglich bestimmt war, und daß das Luftschiff nicht für Polarflüge aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Sobald ein zweites Luftschiff vorhanden sei, würde die Mannschaft ohne weiteres bereit sein, sich an einer Polarexpedition zu beteiligen.

Böß wird nicht zurückberufen.

Berlin, 11. Okt. Wie wir vom Nachrichtenamt der Stadt Berlin hören, ist der Magistrat in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung dem gestrigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, der die sofortige Rückkehr des Oberbürgermeisters und der in Amerika weilenden Stadträte fordert, aus den vom Bürgermeister Scholz bereits gestern in der Stadtverordnetenversammlung dargelegten Gründen nicht beigetreten. Oberbürgermeister Böß ist durch Kabel entsprechend verständigt worden.

Zur Klärung der Pelzaffäre wurde heute eine Angestellte der Kleidervertriebsgesellschaft vernommen. Nach ihrer Aussage hat ihr eines Tages einer der Brüder Sklarek ein Paket ausgehändigt und sie beauftragt, dieses Paket mit einer Rechnung der Frau Oberbürgermeister Böß zuzustellen. Das Paket enthielt den strittigen Pelz. Wie sich die Zeugin erinnern will, hatte ihr einer der Chefs gesagt, daß der Preis für diesen Pelz dem Oberbürgermeister mit 400 Mark in Rechnung zu stellen sei. Das geschah auch. Die Zeugin wußte aber nicht, ob diese Rechnung inzwischen bezahlt worden ist. Auch andere Angestellte der Kleidervertriebsgesellschaft sollen diesen Vorgang kennen und ebenfalls zu seiner völligen Klärung vernommen werden.

Auch die „Rote Hilfe" verstrickt.

Berlin, 11. Okt. Wie sich jetzt herausstellt, haben die sehr vielseitigen Gebrüder Sklarek sich auch die Rote Hilfe zu verpflichten gesucht. Wie das „Berliner Tageblatt" zu berichten weiß, ist von den Sklareks der Roten Hilfe mehrere Jahre hindurch nach Abschluß jeder Saison der gesamte Restbestand ihres Lagers, soweit er nicht mehr modern war, ohne jede Gegenleistung überlassen worden. Diese an die Rote Hilfe geschenkten Restbestände präsentieren einen Wert, der jährlich weit über 10 000 Mark betrug. Höchst eigenartige Vorgänge, die mit den Sklarekschen Lieferungen in Zusammenhang stehen, haben sich nach den Angaben des „Lokalanzeigers" bei dem Bezirksamt Kreuzberg abgespielt. Von dem Amte wurden durch die Vermittlungsstelle für das Schlächtergewerbe zwei handfeste Leute angefordert, die die Aufgabe erhalten sollten, renitente Unterstützungsempfänger gewaltsam hinauszubefördern. Im Amt gab es nämlich fast täglich Auftritte mit Leuten, die sich über die mangelhafte Qualität der von der Kleider-Vertriebsgesellschaft gelieferten Kleidungsstücke beschwerten und die Leistung vollwertiger Waren verlangten. So führten die Leute beispielsweise Klage über Stiefel, die bereits acht Tage nach der Lieferung die Sohlen verloren hatten. Die beiden Schlächter versahen bis zum 1. April d. J. ihren Dienst, dann wurden sie durch zwei nicht minder handfeste Männer vom Transportarbeiter-Verband abgelöst.

Der Oberbuchhalter Lehmann der Brüder Sklarek hat übrigens heute neue Enthüllungen gemacht. Er behauptet, daß die Standbankdirektoren Schmitt, Hoffmann, sowie der Abteilungsleiter Schröder alle zwei Monate einen Anzug von den Brüdern Sklarek erhalten hätten, ohne daß ihnen jemals eine Rechnung zugestellt worden wäre. Diese Angaben Lehmanns werden jetzt nachgeprüft.

Zwei Böß-Pelze.

Berlin, 12. Okt. Die Sklareks erklärten ihrem Verteidiger.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

daß es sich um zwei verschiedene Geschäfte handle. Die Pelzjacke, die im Kabel des Oberbürgermeisters erwähnt werde, habe der Oberbürgermeister für sich selbst bestellt. Der Pelzmantel hingegen, der für die Frau des Oberbürgermeisters bestellt wurde, sei von den Sklareks mit 4000 Mark bewertet worden und der Oberbürgermeister habe diese 4000 Mark restlos bezahlt. Wie der Sekretär Lehmann zu seiner Behauptung, daß der Frau Oberbürgermeister Böß eine Rechnung von 400 Mark zugegangen sei, kommen konnte, sei ihnen vollkommen unerklärlich. In der Frage der Pelzjuppe habe der Oberbürgermeister sich tatsächlich so verhalten, wie er gekabelt habe.

Berliner Wirtschaft.

Berlin, 11. Okt. Oberbürgermeister Böß hat amerikanischen Pressevertretern erneut erklärt, daß er bleibe und daß er auch gar nicht daran denke, einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Folge zu leisten. Das ist allerdings ein starkes Stück. Verlangt die Mehrzahl der Stadtverordneten die Rückkehr des Oberbürgermeisters aus dem Urlaub, dann ist es für jedes Stadtoberhaupt eigentlich eine Selbstverständlichkeit, diesem Wunsche unverzüglich Folge zu leisten, auch wenn die höchste Körperschaft, die noch ein Wort mitzureden hat, anderer Meinung sein sollte. Herr Böß ist aber anderer Ansicht, was schließlich auch in Amerika recht peinlich wirken muß. Ueber den Sklarekskandal selbst ist nicht mehr allzuviel nachzutragen. Gegen die Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann ist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden. Aus dem bei den Vernehmungen noch zu Tage geförderten Material wird so gut wie gar nichts der Oeffentlichkeit mitgeteilt. Mit welchen Mitteln in den Bezirksämtern gearbeitet wurde, geht aus den Schadenersatzansprüchen eines Arbeitslosen hervor. Beim Bezirksamt waren zwei handfeste Männer angestellt worden, um die Aermsten der Armen wieder hinauszuwerfen, die mit den Sklarekkleidern zurückkamen und sich über die schlechte Qualität der Waren beklagten, die ihnen natürlich nur gegen spätere Zahlung gegeben worden waren. Da angesichts der mangelhaften Beschaffenheit dieser Sklarekanzüge — die der Stadträte waren natürlich wesentlich besser — sich die Klagen ungeheuer häuften, griff man einfach zu dem brutalen Mittel, die Kläger die Treppe hinunterzuwerfen. Dabei scheint es recht erregte Auftritte gegeben zu haben. Jedenfalls hat einer dieser Hinauswerfer, die pro Tag etwa zehn Mark für ihre Tätigkeit erhielten, einen Fußtritt vor den Bauch bekommen. Jetzt hat er das Bezirksamt auf Zahlung einer Abfindungssumme verklagt. In der Tat wundervolle Zustände!

Berlin, 11. Okt. Der Vertrauensmann des Konkursverwalters für die Firmen Sklarek, der sich in der Kommandantenstraße niedergelassen hat, erklärt einem Vertreter eines Berliner Abendblattes, es sei heute noch ganz unmöglich, den genauen Stand der Sklarekschen Firmen auch nur annähernd zu übersehen. Viel werde bestimmt für die Konkursmasse nicht herauskommen. So etwas von Buchhaltung, wie bei den Firmen Sklarek, habe er noch nicht erlebt. Die Bücher seien entweder so geführt, daß sie gar nicht übereinstimmten, oder aber sie enthielten zweifellos gefälschte Buchungen. Ganz bewußt hätten offensichtlich die Sklareks ihre Betriebe so organisiert, daß keine Abteilung wissen konnte, was in der anderen vor sich ging. Nirgends sei eine Spur von zentralisierter Geschäftsführung zu finden gewesen. Die Geschäftsunkosten seien abnorm hoch gewesen, so hoch, daß sich die Betriebe niemals rentabel gestalten konnten, aber da den Sklareks ja die Kredite der Stadtbank unbegrenzt zur Verfügung stand, fiel das bei jenen gar nicht ins Gewicht. Soviel könne man jetzt schon übersehen, daß die Sklareks längst konkursreif waren und nach kaufmännischen Begriffen schon vor Monaten ihre Betriebe hätten schließen müssen, aber mit ihren in die Millionen gehenden „Kellerwechseln" konnten sie sich immer wieder über Wasser halten. Sie lösten an einer Stelle die Wechsel ein, um an anderer sofort neue Wechsel zu begeben. Am Freitag nachmittag trat der vorläufige Gläubigerausschuß, in dem die Stadt Berlin, der Unionklub und die Warengläubiger vertreten sind, zusammen, um zu beraten, wie sich die Fortführung der Betriebe im Interesse einer geordneten Abwicklung gestalten soll.

Disziplinarverfahren gegen die Leiter der Berliner Stadtbank.

Berlin, 11. Okt. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin hat heute das förmliche Disziplinarverfahren gegen die Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann, sowie den Abteilungsleiter Schröder mit dem Ziel auf Amtsenthebung eröffnet. Gleichzeitig hat er die Amtssuspension dieser drei Beamten ausgesprochen.

Das Volksbegehren im Rundfunk.

Berlin, 12. Okt. Die „Deutsche Welle" hat sich, nachdem Geheimrat Hugenberg es abgelehnt hatte, in einem Zwiegespräch mit einem Gegner des Volksbegehrens im Rundfunk zu äußern, nun, wie die „Vossische Zeitung" hört, entschlossen, das Thema zu teilen, zunächst über die wirtschaftliche und dann über die politische Seite des Youngplans Zwiegespräche zu veranstalten. Es sind neue Einladungen ergangen, u. a. an den deutschnationalen Abgeordneten Grafen Westarp. Aber auch Westarp hat, wie er gestern in einer Frankfurter Versammlung mitteilte, das Angebot abgelehnt. Aus dieser Tatsachendarstellung ergibt sich, so bemerkt das Blatt, daß den Deutschnationalen mehrfach die Gelegenheit gegeben worden ist, zu Millionen von Rundfunkhörern zu sprechen, daß sie aber bisher von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben.

Antwort des Reichsinnenministers Severing an den Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren.

Berlin, 11. Okt. Reichsinnenminister Severing hat auf das vom Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren an ihn gerichtete und durch die Presse veröffentlichte Schreiben folgendes erwidert: „Auf Ihr Schreiben vom heutigen Tage erwidere ich, daß ich einen Auftrag zur Abhaltung von Hausuchungen und insbesondere zur Beschlagnahme von Werbematerial für das Volksbegehren selbstverständlich nicht erteilt habe. Meine Zuständigkeit beim Verbot des Stahlhelm beschränkt sich auf die Erteilung der Zustimmung zu dem Verbot. Das Verbot selbst und die damit zusammenhängenden Maßnahmen hat entsprechend der gesetzlichen Verteilung der Zuständigkeit der Herr preußische Minister des Innern angeordnet und durch die ihm unterstellten Behörden durchgeführt. Daß der Herr Major a. D. Heider dem Stahlhelm nicht anhören sollte, nimmt mich besonders deshalb wunder, weil er neben dem Oberst a. D. Exner nach den Feststellungen der preußischen Polizei das Manöver geleitet hat, das den Grund für das Verbot des Stahlhelm im Rheinland und Westfalen war. Weitere Einzelheiten der Verbotsdurchführung entziehen sich meiner Kenntnis. Ich mache Sie jedoch darauf aufmerksam, daß bei der Beschlagnahme von Schriftstücken sowohl im gerichtlichen und im polizeilichen Verfahren die Exekutivbeamten regelmäßig nicht an Ort und Stelle die einzelnen Schriftstücke genauer auf ihren Inhalt prüfen, sondern daß diese Prüfung im gerichtlichen Verfahren dem Richter, im verwaltungsgerichtlichen Verfahren den oberen Dienststellen vorbehalten ist. Bei diesem Verfahren, das im Interesse der von der Haussuchung Betroffenen und zur Vermeidung von Indiskretionen angewandt wird, kann es nicht ausbleiben, daß neben den gesuchten Schriftstücken auch andere Schriftstücke zunächst sichergestellt werden, die nach Prüfung, wie im vorliegenden Falle, der Eigentümer alsbald wieder zurückerhält. Ich werde im übrigen Veranlassung nehmen, mich über die Einzelheiten des Falles amtlich unterrichten zu lassen. Da Sie Ihre Anfrage an mich der Presse zur Verfügung gestellt haben, darf ich anheimstellen, der Oeffentlichkeit auch von dieser Antwort Mitteilung zu machen."

Die Auswirkungen des Youngplanes.

Berlin, 11. Okt. Der preußische Handelsminister hat jetzt zugleich auch im Namen des preußischen Finanzministers auf eine im preußischen Landtag von der Wirtschaftspartei eingebrachte Kleine Anfrage folgende Antwort erteilt: Die Maßnahmen, die für den Fall der Annahme des Youngplanes hinsichtlich der Industriebelastung zu treffen sind, bilden zurzeit den Gegenstand von Erwägungen bei den hierzu in erster Linie zuständigen Reichsressorts. Eine endgültige Entschließung liegt noch nicht vor. Die Staatsregierung wird bei den zu treffenden Entscheidungen darauf hinwirken, daß die berechtigten Interessen von Industrie und Gewerbe gewahrt werden.

Urteil im Monroy-Prozeß.

Berlin, 11. Okt. Im Prozeß Monroy verkündete heute mittag nach fast zweistündiger Beratung des Gerichts der Vorsitzende folgendes Urteil: Die Angeklagte wird unter Freisprechung im übrigen wegen Diebstahls in einem Falle und wegen schwerer Urkundenfälschung und zugleich Betruges zu einer Gefängnisstrafe von 3½ Monaten verurteilt. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt ist, der Angeklagten, im übrigen der Staatskasse zur Last. Am Schluß der Begründung des Urteils im Monroy-Prozeß teilte der Vorsitzende mit, daß das Gericht der Angeklagten drei Jahre Bewährungsfrist zugebilligt habe. Die Angeklagte sowohl als auch der Staatsanwalt verzichteten auf die Berufung, so daß das Urteil sofort rechtskräftig wurde.

Gleichmäßig gegen alle Verbände.

Berlin, 11. Okt. Die „Nationalliberale Korrespondenz" beschäftigt sich heute mit der Auflösung des rheinisch-westfälischen Stahlhelms und erhebt dann die Forderung, daß das Verbot militärischer Uebungen gleichmäßig gegen alle Verbände angewendet werden müsse. Ueber die Entwicklung des Stahlhelms sagt sie, er habe sich doch von seinen ursprünglichen Zielen und Aufgaben soweit entfernt. Er wollte und sollte eine Pflege edler, männlicher Kameradschaft sein, aber er sei inzwischen zu einer Schutztruppe Hugenbergs im Kampfe für das Volksbegehren, eine einseitige parteipolitische Organisation geworden. Der Stahlhelm müsse zurückkehren zu den großen Zielen, die er sich einst gesteckt habe, oder er gebe sich selbst auf. Diese Entwicklung habe dazu geführt, daß namhafte volksparteiliche Mitglieder den Stahlhelm verlassen hätten.

Das Urteil im Prozeß Kugler.

Prag, 11. Okt. In dem Prozeß gegen den Privatgelehrten Dr. Arnulf Kugler, der angeklagt war, im Jahre 1924 in Prag Scheckbetrügereien und in den Jahren 1924 bis 1927 in der Stadtbibliothek von Frankfurt a. M. Bücherdiebstähle begangen zu haben, wurde heute das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen Bücherdiebstahls zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Von der Anklage des Scheckbetruges wurde er freigesprochen. Er erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen. Eine Haussuchung, die im Laufe der Ermittlungen in der Wohnung Dr. Kuglers vorgenommen wurde, förderte vier Handschriften zutage, die sämtlich der Frankfurter Stadtbibliothek gehören. Der Angeklagte hatte auch eine große Anzahl von Adressen in Deutschland und in anderen Ländern angegeben, an die er die gestohlenen Bücher und Tigeldrucke verkauft hat.

Frankreich sieht Luftgespenster.

Paris, 11. Okt. Unter Hinweis auf die Einberufung der Flottenkonferenz der fünf Mächte beschäftigt sich die „Liberté" in einem längeren Aufsatz mit dem deutschen Flugwesen und erklärt, die wieder erstarkte Luftmacht Deutschlands mache alle Bestrebungen Englands und Amerikas, sich die Herrschaft der Meere zu sichern, zu nichte. Während sich die anderen über Kreuzer und Unterseeboote unterhielten, habe Deutschland schon jetzt einen entscheidenden Vorsprung auf dem Gebiet der Luftkreuzer errungen. Ein Blick in die Kataloge der Rohrbachwerke genüge, um festzustellen, daß dort Flugzeuge erbaut würden, die nicht nur Fracht- und Passagiere befördern, sondern auch als Aufklärungsflugzeuge und Angriffsmaschinen dienen könnten. Das Blatt weist in diesem Zusammenhang auch auf die Dornier-Werke in Altenrhein in der Schweiz hin, die sogar Flugzeuge mit Panzertürmen und Torpedorohren bauten. Rohrbach, Dornier und Junkers seien in der Lage, in kurzer Zeit eine so starke Luftflotte zu bauen, daß in weniger als acht Tagen sämtliche Handelsschiffe auf dem Meere und in den Häfen vernichtet werden könnten.

Optimismus in den Vereinigten Staaten.

Washington, 11. Okt. Macdonald verließ gestern Washington. Es ist festzustellen, daß auf der ganzen Linie ein Einverständnis vorherrscht und daß auch Senator Borah bei dem gestrigen Zusammensein mit dem englischen Premierminister beim Tee in der englischen Botschaft gelernt hat, seinen Skeptizismus zu mildern in Erwartung dessen, was die kommenden Verhandlungen bringen werden. Allgemein zum Ausdruck kommt das Vertrauen, daß die Besprechungen, die eine Art von Friedens-Entente zeitigten, nicht in eine Geheimallianz auslaufen, zumal eine halbe Geheimdiplomatie angewandt wurde. Man entschuldigt dieses Verfahren, von dem man neue diplomatische Methoden erwartet, damit, daß die Art der verhandelten Fragen sie voraussetze, wenn nicht beide Parteien Gefahr laufen wollten, die erwarteten Ergebnisse gefährdet zu sehen und die Londoner Konferenz einem Fehlschlag auszusetzen. Was die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten anbelangt, so gilt für sie, wie eine maßgebende Persönlichkeit heute erklärte, namentlich, daß die Persönlichkeit Macdonalds eine Gewähr für die Durchführung der Besprechungen biete und daß das Vertrauen der hiesigen Oeffentlichkeit weit größer ist, als dies der Fall gewesen wäre, wenn an seiner Stelle ein „demonokeiter" Engländer mit weißen Gamaschen gestanden hätte. Daß natürlich das ganze künftige Projekt der Friedenssicherung eng bei mit Macdonalds Persönlichkeit verknüpft ist, wird auch hier erkannt, und man gibt sich keinen Illusionen hin, daß ein etwaiger Regierungswechsel in London die hier gehegten Pläne zerstören könnte. Inzwischen wurde auch die amerikanische Antwort auf die Einladung zur Londoner Konferenz fertiggestellt. Sie ist kurz gehalten und stellt lediglich fest, daß die Vereinigten Staaten die Einladung annehmen. Sie wird heute dem Foreign Office zugestellt.

Gemeinde Birkenfeld.

Während der Wintermonate wird durch die Hauswirtschaftslehrerin wieder ein

Koch- und Back-Kurs

abgehalten werden.

Die Teilnehmerinnen wollen sich umgehend auf dem Rathaus-Wartezimmer melden, wo alles Nähere zu erfahren ist.

Birkenfeld, den 11. Oktober 1929.

Gemeindepfleger Bolay.

Feldrennach.

Der am **Dienstag den 15. Oktober** ds. Js. fällige

Viehmarkt

wird unter nachstehenden Bedingungen abgehalten:

1. Aus Maul- und Klauenseuche-Sperr- und Beobachtungsgebieten darf Vieh nicht zugeführt werden.
2. Personen aus verseuchten Ortschaften dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Vieh aus den benachbarten badischen Bezirken wird zugelassen, wenn bürgermeisteramtliche Ursprungszeugnisse und für Händlervieh bezirkstierärztliche Gesundheitszeugnisse beigebracht werden, woraus die Seuchenfreiheit des Herkunftsorts ersichtlich ist.

Den 10. Oktober 1929.

Schultheißenamt.

Neusatz.

Die Gemeinde beabsichtigt einen

neuen Bahnschlitten

anzuschaffen.

Offerten mit Preisangabe können bis 15. ds. Monats bei dem Schultheißenamt eingereicht werden.

Schultheißenamt.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 14. Oktober 1929, vormittags 10 Uhr**, verkaufe ich in **Schömberg** öffentlich gegen Barzahlung:

Einen Warenschrank.

Zusammenkunft am Rathaus in Schömberg.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Grundstücks-Verpachtung.

Im **Grösseltal** sind **zehn Wiesengrundstücke mit etwa acht württ. Morgen** pachtfrei, die unter der Hand verpachtet werden. Die Grundstücke werden auf Wunsch von Quellwart **Weik** im **Grösseltal** vorgezeigt.

Pachtliebhaber wollen sich an die unterzeichnete Direktion wenden.

Direktion der Gas-, Wasserwerke und Badeanstalten Pforzheim.

Birkenfeld.

Einzug der

Umsatz- und Einkommensteuer am 15. Oktober.

Förschler.

Obstbau-Verein Birkenfeld.

Einladung!

Nächsten **Samstag den 12. und Sonntag den 13. d. M.** hält der **Obstbauverein Birkenfeld** eine

Obst- und Blumenschau

in dem geräumigen **Saal des Hotels z. „Schwarzwaldrand"** ab und ladet jedermann zum Besuch derselben freundlichst ein.

Der Vorstand: Kugele.

Obstanlieferung Freitag abend.

Neuenbürg.

Damen-Mäntel
Damen-Kleider

eingetroffen!

Ludwig Pross.

Hypothekengelder

zur I. und II. Stelle sofort auszuleihen durch

Alber & Co. G.m.b.H., Stuttgart

Friedrichstraße 49 / Telefon 22145/49

Geschäftszeit 8–12 Uhr

Mit Schätzungsverbunden sind vorzulegen

In Neuenbürg!

Hypotheken- u. Baugelder,

sowie An- und Verkauf von Liegenschaften aller Art

vermittelt reell und diskret in bekannt kulanter Weise

Fritz Müller, Neuenbürg, Brunnenstraße 38.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Volksbegehren betr. Freiheitsgesetz.

Die Listen zur Eintragung der Unterschriften sind in der Zeit vom **Mittwoch den 16. Oktober bis einschließlich Dienstag den 29. Oktober 1929** auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 3) täglich während der üblichen Kanzleistunden (Sonntags von 11 bis 12 Uhr) aufgelegt. Eintragungsberechtigt ist, wer am Tage der Eintragung zum Reichstag wählen kann.

Ratschreiber Schäfer.

Neuenbürg.

Konditorei-Café Möhrle

Sonntag den 13. Oktober, abends 7 Uhr

Konzert

unter Leitung von Kapellmeister Herzog.

Neuenbürg.

Heute eintreffend:

Neuer süßer Fleiner,

weiß und rot, sowie neuer

Ingelheimer und Dürkheimer.

ff. Weine

auf Lager empfiehlt zu billigsten Preisen

Gg. Schaude, Weinhandlung,

Telefon Nr. 100.

Pelze

Mäntel Besätze

Hals-Krawatten usw.

kaufen Sie in bekannt bester Qualität u. billigsten Preisen im

Pelzspezialhaus

A. & H. Hilb, Pforzheim

Metzgerstraße 21.

Umarbeitungen werden fachmännisch und billig in eigener Werkstätte ausgeführt.

Zahlungserleichterung gestattet!

Weber

Kochbackherde

D. R. P.

Oefen

Räucherschänrke

Hausbacköfen

Kochbackherde

Wer Weber wählt, hat die Sicherheit, gut und billig zu kaufen.

Verlangen Sie sofort Preisliste von der ältesten und größten Spezialfabrik

Anton Weber, Ettlingen in Baden.

Generalvertretung:

Gottl. Müller, Arnbach.

Stadtpflege Neuenbürg.

Wiesen-Verpachtung.

Am **Montag den 14. Oktober 1929** werden abends 6½ Uhr im Rathaus drei Wiesen vom Gewand Igengärten, untere Reutwiesen und Schnaizwiesen auf 5 Jahre öffentlich verpachtet.

Deckreis.

Bestellungen nimmt am **14. u. 15. Oktober 1929** die Stadtpflege entgegen. Ausgabe des Deckreises Anfang November.

Stadtpfleger Essich.

Schützen-Verein Neuenbürg.

Morgen **Sonntag den 13. Oktober, nachmittags** ½3 Uhr,

Schluß- und Gans-Schießen.

Abends 8 Uhr **gemütliches Beisammensein** und Ehrung des Schützenkönigs bei Schützenbruder **R. Schumacher.**

Vollzähliges Erscheinen erwartet

das Schützenmeisteramt.

W. Gauß, Neuenbürg-Vorstadt

Schlupfhosen in allen Größen.

Unser Sonderverkauf

wegen Aufgabe unseres Ladens Blumenstrasse 28 **geht weiter!**

Noch ist unser Lager groß:

In

Mantelstoffen, Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Samten, Jackenfutter

Hauskleiderstoffen,
Unterrockstoffen
Schürzenstoffen
Hemdenflanelllen
Weißwaren:

Damast, Halbleinen, Haustuch, Hemdentuch, Macco, Zefir, Halbflanell, Bettuchbiber, Handtücher

Bettbarchent, Bettkattun
Schlafdecken, Schlupfhosen

bieten wir reiche Auswahl zu billigen Preisen, auf die wir bis zu

40 Prozent Rabatt gewähren.

Sonder-Verkauf **Blumenstraße 28** nur gegen bar.

L. u. E. Müller, Stoffehaus

Pforzheim.

Kreftzer

MÖBEL

Wir bitten um Ihren Besuch

in unserer Ausstellung

Pforzheim

Schloßberg 19

Verblüffend billige Angebote in erstklassigen Waren werden Sie erand von unserer Leistungsfähigkeit überzeugen

---

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 13. Oktober 1929:

Dr. med. Härlin, Neuenbürg,

Telefon Nr. 7 Neuenbürg oder Unfallmeldestelle Neuenbürg.

Achtung! Hausfrauen! Achtung!

Wollen Sie zur kommenden **Kirchweih** einen schönen **Kuchen und Mandelring** auf den Kaffeetisch bringen, dann **kaufen Sie Ihr Mehl beim Bäcker,** denn nur er bürgt für beste Qualität.

Bäcker-Innung, Bezirk Neuenbürg.

Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts" Birkenfeld.

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Am **Samstag den 12. Oktober 1929,** abends ½9 Uhr, findet unsere jährliche

General-Versammlung

im **Gasthaus zum „Rößle"** statt, wozu wir unsere Mitglieder höflichst einladen.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassen- und Revisionsbericht, 3. Wahl der Gesamtverwaltung, 4. Anträge und Beschwerden der Mitglieder, 5. Verschiedenes.

Ferner teilen wir mit, daß diese Woche unsere **Singstunde ausfällt.**

Die Verwaltung.

Inserate heben den Umsatz!

Ihren Winter-Mantel

müssen Sie jetzt kaufen. Mein Lager ist sowohl in

Damen- u. Herren-Mänteln

in den neuesten Formen und Stoffarten reich sortiert und die Preise billig!

Pullover - Strickjacken - Kleiderstoffe

in allen Stoffarten und Farben.

Fritz Wurster, Calmbach.

Neuenbürg.

Ein guterhaltenes

Faß,

225 Liter haltend, ist zu verkaufen

Wildbader Straße 188.

Beamter, ledig, sucht leere

3-5 Zimmer-Wohnung

mögl. mit Bad, sofort beziehbar und beschlagnahmefrei in zentraler Lage

Birkenfelds.

Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Patentbüro KOCH & BAUER STUTTGART-Hauptstr. 4. Tel. 204.26 • 75 J. Praxis

---

Karl Försteler, Birkenfeld

Lederfett und Wagenfett.

Fr. Schilling, Neuenbürg a. E.

Bärenkleber.

Naturkräfte

sind kostbares Gut. Schützen Sie sich vor den Gefahren der Zeit. Die wärme- und kräftebildenden Kaiser's Brust-Caramellen bringen sicheren und schnelle Hilfe in leichten und schweren Hustenfällen. Sie sind das wahre und bilige, tausendfach bewährte Volksmittel. Mehr als 13 000 Zeugnisse. Beutel 40 Pfg. Dose 80 Pfg. Gebrauchen Sie stets

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den 3 Tannen

Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.

Obernhausen.

Vier Paar reife

Milchschweine

hat zu verkaufen

Gustav Seufer, Bäcker.

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, den 13. Okt. (20. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest)

10 Uhr Predigt (Thema: Ob Christen einen Sinn hat? Lied Nr. 4 Dekan Dr. Wingerter.

½2 Uhr Christenlehre (Töchter Stadtvikar Schäfer.

Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg

am Sonntag, den 13. Oktober

9 Uhr Predigt und Amt.

2 Uhr Rosenkranzandacht.